

Nord Stream 2 untergräbt die EU-Energiepolitik und unsere Sicherheit, befürchtet **Alan Riley**.

Sturm über Deutschland



The Globalist [M]

Die Nord-Stream-2-Gaspipeline wird von wichtigen Akteuren in Deutschland, darunter einem Großteil des deutschen Energiesektors und insbesondere auch der SPD, mit großer Entschlossenheit unterstützt. Dem Kernargument der Unterstützer zufolge ist diese Pipeline „gut für Deutschland“. Es steht außer Frage, dass Deutschland mit Nord Stream 2 zur europäischen Schaltzentrale für russisches Erdgas wird. Auch dürfte das Projekt zu einer erhöhten Liquidität auf dem Gasmarkt führen – und damit auch zu niedrigeren Gaspreisen in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft ihrerseits schätzt die Pipeline deshalb, weil sie mit der Realisierung des Projektes einen erweiterten Zugang zu den russischen Märkten und damit verbesserte Absatzchancen sieht.

Diese nationale Interessenperspektive übersieht jedoch ganz bewusst die hohen Kosten, die Deutschland wegen seiner so entschlossenen Unterstützung von Nord Stream 2 in puncto Macht und Einfluss entstehen. So argumentieren insbesondere die Staaten Mittel- und Osteuropas vehement für ihre Position, dass Deutschland mit der Pipeline im Kern Russland dabei hilft, die Sicherheitsinteressen der kleineren mittel- und osteuropäischen Länder zu untergraben.

Dabei handelt es sich seitens dieser Länder keineswegs nur um regionale Partikularinteressen oder das Aufschäumen von historisch bedingten Phobien gegenüber Moskau. Denn die Bedenken der mittel- und osteuropäischen Länder werden ja auch von der Europäischen Kommission selbst bestätigt. Ihr Hauptargument gegen das Projekt lautet, dass Nord Stream 2 die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Gasmarktes untergräbt. Die Schlüsselfrage für alle Beteiligten lautet letztlich: Wie sollte man Nord Stream 2 aus einer EU-weiten Sicherheitsperspektive beurteilen – also nicht nur aus der Perspektive eines rein deutschen Interesses?

Putins Energie-Waffe

Gegenwärtig fließt das russische Erdgas durch die Staaten Mittel- und Osteuropas sowohl durch die Jamal-Pipeline (die durch Weißrussland und Polen verläuft) wie auch durch die Brotherhood-Pipeline (die durch die Ukraine und die Slowakei geht). Diese Konfiguration bietet den Staaten, die entlang der beiden Routen liegen, einen gewissen Grad an Transitsicherheit. Denn Russland kann nicht damit drohen, die Gasversorgung der Staaten entlang der Transitroute abzuschneiden, ohne gleichzeitig die Versorgung des westeuropäischen Marktes zu bedrohen.

Das von deutschen Kommentatoren oft übersehene Problem ist, dass Nord Stream 2 nicht wirklich mehr Gas auf den deutschen Markt bringen wird. Stattdessen wird das Gas über die Verbindungsleitung EUGAL nach Tschechien und Polen weiter nach Osten fließen. Darüber hinaus hat der von Nord Stream 2 ausgehende Anstieg der Gasströme vor allem den Effekt, dass die kommerziellen Anreize zur Entwicklung alternativer Pipelines und neuer Bezugsquellen in der gesamten ZOE-Region untergraben werden.

Was Gazprom anstrebt, ist, die zentral- und osteuropäischen Staaten (ZOE) in einen vom Gazprom-Konzern dominierten Gasmarkt einzusperren, ohne dass es für diese einen Ausweg gäbe. Während die ZOE-Staaten also einen Gasmarkt

haben werden, der weitgehend von Gazprom dominiert wird, kann Westeuropa sich weiterhin daran erfreuen, einen diversifizierten Zulieferermarkt zu haben.

In der Verfolgung seiner nationalen Interessen erscheint Deutschland zumindest faktisch auf einem Trump'schen Kurs zu sein. Um seine eigenen unmittelbaren Interessen durchzusetzen, ist man offensichtlich bereit, die Versorgungssicherheit seiner eigenen EU- und Nato-Verbündeten zu untergraben. Um von Deutschlands Verpflichtung zur Ausbau eines einheitlichen europäischen Energiemarktes ganz zu schweigen.

Kann sich unter solchen Vorzeichen jemand ernsthaft darüber wundern, dass die politischen Kosten dieses Manövers enorm sind? Diese Kosten werden sich zwar „nur“ auf den Verlust von Einfluss und gesteigertes Misstrauen in den Hauptstädten Mittel- und Osteuropas und den baltischen Staaten erstrecken. Es ist nichtsdestotrotz beunruhigend, mit welcher Nonchalance Berlin über diese Belange hinweggeht.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Politiker in Berlin sich noch nicht einmal der direkten Bedrohung der Versorgungssicherheit ihres eigenen Landes durch Nord Stream 2 bewusst zu sein scheinen: Sobald Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird, wird die Brotherhood-Pipeline einen Zusammenbruch der Gasflüsse durch die Ukraine erleben. Das damit verbundene Problem für Deutschland besteht darin, dass die verbleibenden Gasflüsse über die Ukraine dann so gering sind, dass ein Großteil des Pipelinenetzes durch die Ukraine nicht mehr wirtschaftlich tragfähig ist. Ohne nennenswerte Gasflüsse wird dieser Teil des bisherigen Pipelinenetzes kaum mehr wert sein als seinen Schrottwert.

Deutschlands Nonchalance

Wenn zusätzlich die zweite Kette von Turkish Stream über das Schwarze Meer nach Bulgarien oder Griechenland gebaut wird, wird fast kein russisches Gas mehr durch die Ukraine fließen. Angesichts ihres bisher mutigen und prinzipiengetreuen Engagements gegenüber der Ukraine nach der Krim-Invasion Russlands ist schwer vorstellbar, dass Kanzlerin Merkel sich einer solchen Regelung ernsthaft anschließen möchte.

Der mit der Realisierung von Nord Stream 2 drohende Zusammenbruch der Gasströme durch die Ukraine ist auch für Deutschland selbst aus der Warte seiner eigenen Energiesicherheit von grundlegender Bedeutung. Deutschland würde fortan von bisher drei verschiedenen Wegen, auf denen russisches Gas nach Deutschland gebracht wird, nur noch über zwei verfügen (von denen nur noch einer über Land verläuft).

Die Versorgungslage Deutschlands wird dadurch auf Nettobasis riskanter als bisher. Das liegt daran, dass die künftige Hauptroute (Nord Stream 1 & 2) durch einen schmalen, zwei Kilometer breiten Kanal in der flachen Ostsee führt. Über diese Seeroute sollen künftig drei Viertel dieser Gasströme nach Deutschland gelangen.

Die Gefahr für Deutschland besteht hier nicht in einem absichtlichen Lieferstopp von russischem Erdgas, sondern darin, dass die künftige Versorgungsroute über das Meer sicherheitsanfällig ist. Unter diesen Umständen ist schon erstaunlich, dass diese Risiken in Kauf genommen werden – und das nur, weil die Alternative, die Brotherhood-Versorgungsroute, aus dem Verkehr gezogen wird.

„Flexibilität für Deutschland bei russischem Erdgas und gleichzeitig ein rigoroses Vorgehen bei der Verteilung von Flüchtlingen scheinen kein erfolgversprechender Ansatz zu sein.“

Angesichts dieser zahlreichen Bedenken sollte Deutschland sich auf ein großes Unwetter vonseiten seiner Nachbarn einstellen. Mit seinem unnachgiebigen Verfolgen von Nord Stream 2 hat es erhebliches Misstrauen unter seinen eigenen Verbündeten gesät. Dies wird es absehbar für Deutschland in Zukunft schwieriger machen, Unterstützung für neue EU-Politiken oder in einer Krise zu finden.

Berlin sollte in diesem Zusammenhang klar vor Augen stehen, dass man von den ZOE-Ländern nicht ernsthaft eine Akzeptanz von Flüchtlingsquoten verlangen kann und gleichzeitig bei Nord Stream 2 die eigenen Ohren auf taub stellt. So können die ZOE-Länder ebenso pikant wie glaubwürdig argumentieren, dass man EU-Recht und EU-Verpflichtungen nicht mit zweierlei Maß messen kann. Flexibilität für Deutschland in Sachen russisches Erdgas und ein rigoroses Vorgehen bei der Verteilung von Flüchtlingen scheinen kein erfolgversprechender Ansatz zu sein.

Schreckgespenst Washington

Es steht zu erwarten, dass die ZOE-Länder diesen Grundsatzkonflikt mit Erfolg hochspielen werden, da sie beim Erdgas in der Sache ja die Europäische Kommission hinter sich wissen. Bei diesem Disput würde mehr in Mitleidenschaft gezogen als nur Deutschlands „soft power.“ Hinzu kommt, dass die Bedenken gegen Nord Stream 2 in weit mehr Ländern geteilt werden als „nur“ in dem ohnehin renitent agierenden Polen.

Abschließend ist noch eine Klarstellung geboten: In der deutschen Debatte hört man oft, dass all die oben dargelegten Argumente gegen Nord Stream 2 deshalb verpuffen müssten, weil jedweder Widerstand gegen das Projekt ja letztlich nur ein sehr dünner Deckmantel für einen Versuch der USA ist, den europäischen Gasmarkt zu kontrollieren.

Natürlich ist es immer reizvoll, die imperialen Attitüden und Interessen Amerikas ins Gefecht zu werfen. Dies gilt in Zeiten Trumps umso mehr. Aber wer so argumentiert, weicht einer ernsthaften Diskussion der im Raum stehenden Fragen aus. Da es bei diesen Fragen um wichtige europäische und auch deutsche Interessen geht, ist das USA-bezogene Ausweichmanöver eigentlich unstatthaft.

Denn was auch immer die US-Interessen sein mögen, bei Nord Stream 2 geht es nicht um imperiale amerikanische Entwürfe, die Europäer vom russischen Gas zu entkoppeln und unseren Kontinent an US-LNG zu binden. Vielmehr geht es darum, die strategischen Interessen Europas angemessen zu bewerten.

Das Argument, Nord-Stream-2-Widersacher verfolgen den plumpen Versuch, Europa einer Erdgasimportabhängigkeit von Washington auszusetzen, ist nicht mehr als ein Schreckgespenst. Was auch immer die Absatzinteressen amerikanischer Zulieferer sein mögen, Europa kann sich vieler Liefermöglichkeiten bedienen. Bekannterweise gibt es inzwischen über ein Dutzend an LNG-Quellen, inklusive Algerien, Norwegen und natürlich auch Russland.

Der Autor ist Anwalt für Wettbewerbsrecht in Brüssel und Senior Fellow, Atlantic Council, Global Energy Center, Washington. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com